



Den Appell
**ABRÜSTEN STATT
AUFRÜSTEN** gegen die
Erhöhung der Rüstungs-
ausgaben haben bereits
175.000 Menschen
unterschrieben. Er kann
auf der Kampagnenseite
www.abruesten.jetzt
weiterhin unterzeichnet
werden.

Bundestag berät Rüstungshaushalt 2021: 48 Milliarden Euro für Kriegsvorbereitung und Auslandseinsätze

Militärausgaben senken! – Neuen Rüstungswettlauf stoppen! Soziale und ökologische Probleme anpacken! Für eine neue Entspannungspolitik!

Haben wir nichts Besseres zu tun, als uns ums Militär und seine Kosten zu kümmern? Sollten wir das nicht besser den Experten überlassen? – Wir meinen: Nein! Denn nicht wenige Experten werden gut dafür bezahlt, dass sie höhere und höchste Interessen über die grundlegenden Bedürfnisse des arbeitenden und zahlenden „Staatsvolks“ stellen.

Reden wir also lieber über die Interessen der großen Mehrheit. Was haben wir davon, dass die Große Koalition unsere Steuern für hinterhältige Hightech-Waffen wie zum Beispiel Killerdrohnen verplempert? Werden unsere Interessen verteidigt, wenn deutsche Drohnen die nächste Hochzeitsgesellschaft am Hindukusch auslöschen? Per Mausclick gesteuert – „sorry, die Maus ist ausgerutscht“ (siehe Kasten „Killerdrohnen“ unten).

Die CDU/CSU/SPD-Koalition will die Militärausgaben für 2021 auf rund 48 Milliarden Euro erhöhen. Darüber berät der Bundestag ab dem 7. Dezember 2020. Abermilliarden sind eingeplant für 93 neue Eurofighter und 45 US-Jagdbomber F18, von denen 30 die runderneueren US-Atombomben von Büchel weit nach Osten tragen können. Dorthin, wo das Böse wohnt. (Was allein

die 30 F18-Nuklearbomber kosten, verdeutlicht die Grafik auf der Rückseite.)

Wir fragen: Warum mit heimtückischer Raketen-Umzingelung Moskau bedrohen? Wir wissen doch, dass ein erneuter Angriffskrieg gegen Russland im nuklearen Trümmerfeld Europa enden würde. Mindestens. Daher der Vorschlag der Friedensbewegung: Die Rüstungsmilliarden sofort umleiten in zivile Aufgaben. Davon gibt es mehr als genug – zwei Beispiele:

Mit den 8 Milliarden Euro, die 2021 für allgemeine Rüstungsbeschaffungen vorgesehen sind, könnten die Kommunen rund 37.000 zusätzliche Pflegekräfte fünf Jahre lang tariflich bezahlen. Mit den 5,3 Milliarden für das Mehrzweck-Kampfschiff MKS 180 könnten ca. 25.000 Sozialwohnungen gebaut werden. – Wird das Nato-Aufrüstungsziel „2 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt“ gegen alle Widerstände durchgesetzt, dürfte das deutsche Militärbudget bereits 2024 auf bis zu 85 Milliarden Euro steigen. Dann wird der Sozialstaat noch zügiger abgebaut.

Die Konfrontation des Kalten Krieges ist in veränderter Form zurück. Seit die US-Regierung zum Februar 2019 den bahnbrechenden INF-Abrüstungsvertrag von 1987 (Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen) einseitig gekündigt hat, wächst die Atomkriegsgefahr. Weltweit erreichen die Militärausgaben neue Rekordhöhen: im Jahr 2019 die kaum vorstellbare Summe von 1,9 Billionen US-Dollar, hat das Internationale Friedensforschungsinstitut SIPRI ermittelt. Mit 732 Milliarden Dollar betrug das offizielle Rüstungsbudget der USA in 2019 fast das Dreifache der chinesischen (261 Milliarden \$) und das Elffache der russischen (65 Milliarden \$) Ausgaben. Wer bedroht hier wen? ➔

Killerdrohnen für die Bundeswehr?

Mit bewaffneten Drohnen, die über die US Air Base Ramstein zu ihren Zielen gesteuert werden, terrorisiert das US-Militär seit Jahren die Zivilbevölkerung in diversen „Einsatzgebieten“. Nun soll auch die Bundeswehr solche Kampfdrohnen erhalten: durch Bewaffnung der von Israel bereits geleasteten Drohnen Heron TP. Zudem wird eine eigene „Eurodrohne“ entwickelt, die ab 2027 eingesetzt werden soll. Kampfdrohneinsätze verstoßen oft gegen das Völkerrecht und sind ein Schritt zur Automatisierung des Tötens. Die geplanten Killerdrohnen für die Bundeswehr stoßen auf Widerspruch in der Öffentlichkeit, vereinzelt auch in der SPD. Mehr auf der Aktionswebseite des Netzwerks Friedenskooperative: www.lobbying4peace.de

Der globale Rüstungswettlauf ist ein Ausdruck der krisenhaften Unsicherheiten der herrschenden Wirtschaftsweise – Aufrüstung schafft aber nicht mehr Sicherheit, sondern verschärft die Kriegsgefahr und vergeudet die Mittel, die für den Klimaschutz, die Bekämpfung von Fluchtursachen und des Welthungers, für die Bewältigung sozialer und ökologischer Krisen, für die Gesundheitssysteme, für Bildung und weitere Aufgaben dringend benötigt werden.

Wir stehen am Scheideweg: Ein „Weiter so“ erhöht die doppelte Gefahr des Selbstmords der menschlichen Zivilisation – durch die steigende Atomkriegsgefahr ebenso wie durch die sich zuspitzenden ökonomischen und ökologischen Weltkrisen. Eine friedliche Alternative ist ohne internationalen solidarischen Einsatz der Vielen nicht zu erreichen. Erste Schritte auf diesem Weg können sein:

- Sofortige weltweite Waffenstillstände, wie sie die UNO fordert!
- Eine neue Entspannungspolitik mit einem System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung – eine Verständigung mit Russland und China ist unverzichtbar!
- Die Ausweitung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags, den 50 Staaten ratifiziert haben (ein Erfolg der internationalen Friedensbewegung) – Deutschland muss umgehend beitreten!
- Stopp der Aufrüstung im erdnahen Weltraum – Verbot von erdumkreisenden Atomwaffen!
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland!
- Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!



Die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) rechnen vor, was allein mit den 7,47 Milliarden Euro, die die Bundesregierung für 30 atombombenfähige F18-Kampffjets an den Boeing-Konzern überweisen will, im deutschen Gesundheitssystem finanziert werden könnte: die Kaufsumme würde reichen für 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte sowie die Jahreshälter von 60.000 Krankenpfleger*innen und 25.000 Ärzt*innen. Noch unberücksichtigt sind dabei Betriebs- und Folgekosten der F18.

Grafik: IPPNW / www.ippnw.de

- Verbot aller Rüstungsexporte – Konversion der Rüstungsindustrie in zivile Alternativen!
- Weltweite Ächtung der auf Künstlicher Intelligenz basierenden Waffensysteme!

**Wer den Frieden will,
muss für den Frieden kämpfen!**

Frankfurter Appell

Die Initiative „**abrüsten statt aufrüsten**“ hat zum bundesweiten dezentralen Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020 aufgerufen. Dazu hat die Initiative den „Frankfurter Appell“ verabschiedet, dessen wichtigste Forderungen sich im obenstehenden Flugblatttext wiederfinden. Diese Erklärung bezieht sich auch auf den vor 40 Jahren vorgestellten „Krefelder Appell“, der 5 Millionen UnterstützerInnen fand. Der Initiative gehören bundesweite Organisationen der Friedensbewegung, Gewerkschafter, Umwelt-, Jugend- und Kulturorganisationen an. Mehr dazu auf www.abruesten.jetzt – Lokale Termine am 5. Dezember auf: www.friedenskooperative.de/termine

Atomwaffen ab 2021 verboten

Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt am 22.1.2021 in Kraft, nachdem er am 24.10.2020 von Honduras als 50. Staat ratifiziert wurde. Dies gilt als Erfolg der internationalen Friedensbewegung, u. a. des globalen Bündnisses ICAN. Die US-Regierung drängt inzwischen Unterzeichnerstaaten, ihre Ratifizierung zurückzuziehen. 92% der Bundesbürger befürworten derzeit den Beitritt Deutschlands zu dem Vertrag, wie eine repräsentative Umfrage von „Kantar“ im Juli 2020 ergab. Außerdem appellieren über 100 deutsche Städte an die Bundesregierung, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterschreiben. Nähere Informationen auf der Aktionswebseite „Büchel ist überall!“ – www.atomwaffenfrei.de



Eine Veröffentlichung der Hanauer Friedensplattform
Kontakt: friedensplattform.de
E-Mail: info@friedensplattform.de

Kontaktadressen der Friedensbewegung:

Bundesweiter Friedensratschlag:
www.friedensratschlag.de
 Netzwerk Friedenskooperative (Termine, Aktionen): www.friedenskooperative.de
 Informationsstelle Militarisierung:
www.imi-online.de
 Stopp Air Base Ramstein:
www.ramstein-kampagne.eu

ICAN Deutschland: www.icanw.de
 Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt:
www.frieden-und-zukunft.de

Der bundesweite Friedensratschlag (Kassel) findet 2020 als digitale Veranstaltung am 6. Dezember statt. Programm und Einwahldaten:
www.friedensratschlag-digital.de

V. i. S. d. P.: Erich Ehmes, Hanau